

Mediatisierte Demokratie in Zeiten der Digitalisierung - eine Forschungsperspektive

Hofmann, Jeanette

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hofmann, J. (2019). Mediatisierte Demokratie in Zeiten der Digitalisierung - eine Forschungsperspektive. In J. Hofmann, N. Kersting, C. Ritz, & W. J. Schünemann (Hrsg.), *Politik in der digitalen Gesellschaft: zentrale Problemfelder und Forschungsperspektiven* (S. 27-45). Bielefeld: transcript Verlag. <https://doi.org/10.14361/9783839448649-002>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-SA Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-SA Licence (Attribution-NonCommercial-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0>

Hofmann, Jeanette

Book Part — Published Version

Mediatisierte Demokratie in Zeiten der Digitalisierung – Eine Forschungsperspektive

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Hofmann, Jeanette (2019) : Mediatisierte Demokratie in Zeiten der Digitalisierung – Eine Forschungsperspektive, In: Hofmann, Jeanette Kersting, Norbert Ritzki, Claudia Schünemann, Wolf J. (Ed.): Politik in der digitalen Gesellschaft: Zentrale Problemfelder und Forschungsperspektiven, ISBN 978-3-8394-4864-9, transcript Verlag, Bielefeld, pp. 27-46, <http://dx.doi.org/10.14361/9783839448649-002>

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/213088>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0/deed.de>

Mediatisierte Demokratie in Zeiten der Digitalisierung – Eine Forschungsperspektive¹

Jeanette Hofmann

1. Einleitung: Digitalisierung und Demokratie als Konstellation

Die Bedeutung der Digitalisierung für die Demokratie war bislang eher ein Thema der Kommunikationswissenschaft und des öffentlichen Diskurses als der politischen Theoriebildung. Während die Öffentlichkeit seit den 1990er Jahren immer wieder die Frage diskutiert, ob das Internet gut oder schlecht für die Demokratie ist – und je nach Umständen zu unterschiedlichen Ergebnissen gelangt – schweigt sich die Demokratieforschung weitgehend über die Rolle des Medienwandels für ihren Untersuchungsgegenstand aus. Zwar gibt es eine wachsende Zahl von Einzelstudien zur Entwicklung von Parteien, Wahlkämpfen und digitalen Partizipationsformen, aber es mangelt an systematischen Betrachtungen zum Formwandel der Demokratie, die den Prozess der Digitalisierung nicht bloß als »black box« behandeln, sondern als seinerseits erklärungsbedürftiges Phänomen einbeziehen.

Obwohl die einzelnen Demokratietheorien der öffentlichen Sphäre und den Kommunikationsmedien generell eine wichtige Rolle für die politische Willensbildung einräumen², gibt es verblüffender Weise keine demokratietheoretisch inspirierte Medienforschung in der Politikwissenschaft, an die die Frage nach dem Verhältnis von Demokratiewandel und Digitalisierung anknüpfen könnte. Die deliberative Demokratietheorie befasst sich zwar intensiv mit der Rolle der (Massen-)Medien, behandelt diese aber für gewöhnlich als Rahmenbedingung oder Faktor, nicht jedoch als Mitspieler des öffentlichen Diskurses, dessen Form und Rolle selbst untersuchungswürdig, weil auch anders denkbar, ist. Insofern richtet sich das Interesse dieses Beitrages sowohl darauf, wie die Beziehung zwischen Demokratie und Medien angemessen untersucht werden kann als auch auf mögliche Befunde unter dem Eindruck des digitalen Wandels.

1 Eine längere Version dieses Beitrags ist in der Zeitschrift *Internet Policy Review* erschienen (Hofmann 2019).

2 Vergleiche dazu den Beitrag von Ritzki (2019) in diesem Band.

Die öffentliche Diskussion über Internet und Demokratie zeigt ein narratives Grundmuster, das sich trotz unterschiedlicher Vorzeichen im Zeitverlauf kaum ändert. Im Kontext der Digitalisierung betrachtet, verengt sich das Verständnis von Demokratie auf ein singuläres Modell, das angesichts der »sehr wechselhaften Füllung des Demokratiebegriffs in der Geschichte der politischen Ideen[,] einen seltsam universalen Zug behauptet«, wie Thiel (2019, 52) feststellt. Nicht viel anders verhält es sich mit der digitalen Technik. Ihr wird zwar eine größere Dynamik zugeschrieben, jedoch nur im Rahmen eines überwiegend eigenlogisch und linear verstandenen Entwicklungspfades. Während die Digitalisierung in dieser Beziehung die Rolle des Treibers übernimmt, erscheint das demokratische Regierungssystem eher als passives, reaktives Institutionengefüge, dessen Zukunft, je nach Situation akut gefährdet sei oder von frischem Wind profitieren könnte. Auch wenn diese Darstellung etwas überspitzt wirken mag, fällt doch ins Auge, dass die Beziehung zwischen Demokratie und Digitalisierung zumeist als Kausalverhältnis zwischen zwei voneinander unabhängigen Phänomenen wahrgenommen wird.

Die Auffassung von Digitalisierung und Demokratie als Kausalverhältnis beruht auf mehreren problematischen Annahmen. Ein erster Kritikpunkt lautet, dass die Rede vom Einfluss der Digitalisierung dieser faktisch einen Akteursstatus zuschreibt, ohne dass klar wäre, was oder wer im Einzelnen handelt. Ein zweites damit zusammenhängendes Problem besteht darin, dass die Konzeptualisierung von digitaler Technik als unabhängige Variable deren Kontingenz oder Entwicklungsoffenheit systematisch vernachlässigt. Der analytische Blickwinkel verengt sich auf mögliche Wirkungen und übersieht die Erklärungsbedürftigkeit digitaler Prozesse, die ja womöglich auch anders denkbar gewesen wären. Und drittens schließlich unterstellt die Kausalannahme, dass digitale Medien und Demokratie grundsätzlich voneinander unabhängig zu denken sind (Nassehi 2019, 16). Dem liegt ein Verständnis von Technik zugrunde, das diese als kategorial verschieden von Gesellschaft auffasst und deshalb wechselseitige Konstitutionsprozesse zwischen Technischem und Gesellschaftlichem unterschätzt oder ganz ausblendet.

Die zentrale Forschungsfrage mit Blick auf das Verhältnis von Demokratie und Digitalisierung zielt somit auf eine Konstellation, nicht auf ein Kausalverhältnis. Statt Auswirkungen zu analysieren, wird ein kontingentes Bedingungsgefüge bestehend aus politischer Selbstbestimmung und digitaler Kommunikation unterstellt, welches Handlungs- und Entwicklungsmöglichkeiten eröffnet, ohne diese zu determinieren. Diese Forschungsperspektive bezeichne ich als mediatisierte Demokratie. Darunter ist folglich kein Demokratietypus, sondern ein bestimmter Blickwinkel zu verstehen, der unter dem Gesichtspunkt der Digitalisierung den Zusammenhang von Demokratie und Verbreitungsmedien ins Zentrum rückt. Zu klären ist nun, wie sich mediatisierte Demokratie als Konstellation verstanden, untersuchen lässt. Dieser Beitrag stellt einige Bausteine für ein solches Projekt vor. Den Anfang macht ein Beispiel: Benedict Andersons »Imagined Communities« (1983)

demonstriert, wie man den Zusammenhang zwischen Buchdruck, Demos und demokratischem Nationalstaat erzählen kann. Der darauffolgende dritte Abschnitt skizziert einen gesellschaftswissenschaftlichen Technikbegriff, der auf ein Denken in alternativen Entwicklungsoptionen abzielt und zugleich deren welterschließende Performativität betont. Daran schließt sich im Abschnitt vier eine knappe Rekonstruktion des Internets als eine unwahrscheinliche Variante des Datennetzes an, deren Durchsetzung sich erst vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Strukturwandels erklärt. Der fünfte Abschnitt schließlich zielt darauf, digitalen und demokratischen Wandel exemplarisch zusammenzuführen. Den Ausgangspunkt hierfür bildet die verbreitete Beobachtung einer Erosion repräsentativer Institutionen. Einige ihrer Erscheinungsformen werden im Kontext des digitalen Möglichkeitsraums betrachtet. Die zugrundeliegende These dieses Versuchs lautet, dass der Wandel der Institutionen und Praktiken der repräsentativen Demokratie die gegenwärtige Ausprägung und Nutzung digitaler Medien erst plausibel macht. Umgekehrt transformiert die Etablierung digitaler Medien den Erwartungshorizont demokratischer Organisationsformen.

2. Benedict Andersons »Vorgestellte Gemeinschaften« als Modellfall

Auf der Suche nach einer Erklärung für die Entstehung von Nationalismus erzählt Benedict Andersons »Imagined Communities« (1983) eine detailreiche Geschichte, die vom Buchdruck, von Säkularisierung, von Sprachgemeinschaften wie auch vom Kapital des Verlegers handelt. Anderson rekonstruiert hier eine Konstellation, die er als »print capitalism« bezeichnet. »Print capitalism« besteht im Zusammenreffen von mehreren Entwicklungen, die zusammen erst die Voraussetzung für die Formierung »vorgestellter Gemeinschaften« bilden. Dazu gehört die Technik des Buchdrucks, der wir die Entstehung von Tageszeitungen verdanken. Diese Textform ist ohne den Prozess der Säkularisierung, die allmähliche Auflösung der »religiös-politischen Einheitswelt« (Böckenförde 1976, 44) zugunsten einer eigenständigen politischen Ordnung nicht vorstellbar (man hätte es ja auch beim Drucken religiöser Schriften belassen können). Eine Rolle spielt ferner die Vereinheitlichung lokaler Sprachen, die erst einen Markt für die professionelle Nachrichtenproduktion schafft. Die Herausbildung einer geographisch ausgedehnten öffentlichen Sphäre wird durch die Drucktechnik ermöglicht, kann jedoch ausdrücklich nicht auf diese reduziert werden. Vielmehr verbindet sich in der öffentlichen Sphäre eine Verbreitungstechnik mit einem kapitalistischen Wirtschaftsmodell wie auch der massenzeremoniellen Praxis des gleichzeitigen morgendlichen Zeitungslesens:

»[...] the newspaper reader, observing exact replicas of his own paper being consumed by his subway, barbershop, or residential neighbours, is continually reassured that the imagined world is visibly rooted in everyday life. [...] fiction seeps quietly and continuously into reality, creating that remarkable confidence of community in anonymity which is the hallmark of modern nations« (Anderson 1983, 35).

Der Zeitungsmarkt trug, wie Couldry und Hepp (2017, 43) es formulieren, zum »thickening« nationaler Kommunikationsräume und der Bildung nationaler Gemeinschaften bei. Der Demos und sein demokratisches Institutionengefüge, so lässt sich daraus schließen, entwickeln sich in engem Zusammenhang mit den Kommunikationsmedien. Kommunikationsmedien sind repräsentativen Demokratien also nicht äußerlich oder vorgelagert, sondern sie sind durch einen ko-evolutionären Prozess der wechselseitigen Ermöglichung miteinander verbunden. Medien schaffen die Voraussetzungen für demokratische Willensbildung, und die demokratische Praxis beeinflusst zugleich die Ausprägung von Formaten der politischen Berichterstattung.

Diese Sichtweise unterscheidet sich von der normativen Perspektive, die Habermas (1990 [1962]) in Bezug auf den »Strukturwandel der Öffentlichkeit« entwickelt. Ausgangspunkt bei Habermas ist das Potential der politischen Öffentlichkeit zur »gesellschaftlichen Selbstorganisation«, dessen Realisierung sich bewerten lässt nach den »Zugangschancen zur öffentlichen Kommunikation« (1990 [1962], 28) und dem Maße der »kritischen Publizität« (1990 [1962], 32), die es dem Spektrum der informellen Meinungen in der Gesellschaft gewährt. Demnach bilden die modernen Massenmedien eine kommunikative Infrastruktur, die den Zugang zum öffentlichen Raum begrenzt und zugleich so vermachtet, dass es dem Vernunftpotential, das dem »Prinzip der Publizität« innewohnt, »seine Unschuld raubt(e)« (1990 [1962], 28). Die selektive, wirklichkeitsformende Macht der Medien soll hier gar nicht bestritten werden, im Gegenteil. Es geht vielmehr darum, die Kontingenz dieser Entwicklung mit Blick auf die Medien selbst zu betonen – nicht zuletzt, um das demokratische Potential in der Formierung der Medien zu entdecken.

Anderson wie auch Habermas demonstrieren in unterschiedlicher Weise, wie die Rolle von Medien, eingebettet in die Rekonstruktion von langfristigen gesellschaftlichen Transformationsprozessen, untersucht werden kann. Wesentlich für das hier vorgestellte Konzept der mediatisierten Demokratie ist die Akzentuierung der ermöglichenden und performativen Funktion von Medientechnologien, die ihre konkrete Form jedoch erst im Kontext spezifischer gesellschaftlicher Praktiken, Werthaltungen und wirtschaftlichen Produktionsformen gewinnen. Für die Untersuchung der aktuellen Konstellation von Digitalisierung und Demokratie bedarf es meines Erachtens eines konzeptionellen Ausbuchstabierens des unterliegenden Begriffs der Medientechnologien.

3. Technik, Medien und Gesellschaft als Ermöglichungsverhältnis

Die politikwissenschaftliche Diskussion über Digitalisierung erzeugt nicht selten unfreiwillige »black boxing« Effekte, die den Beitrag digitaler Techniken zum Wandel der Politik eher unterstellen als reflektieren. Für eine angemessene Konzeptualisierung des Digitalen in der Politik ist es aber unabdingbar, den Begriff des Technischen selbst gesellschaftswissenschaftlich aufzuschließen, das heißt, als sozial konstituiertes wie auch historisch wandelbares Phänomen zu behandeln.

Der Techniksoziologe Rammert (2016) unterscheidet drei (bis heute) koexistierende Schulen der sozialwissenschaftlichen Technikforschung. Charakteristisch für das *technikdeterministische Paradigma* ist die Vorstellung von Technik als autonome und im Verhältnis zur Gesellschaft dominante Kraft, die ihren eigenen Gesetzen und Entwicklungslogiken folgt. Der öffentliche Diskurs über Internet und Digitalisierung spiegelt überwiegend dieses technikdeterministische Verständnis wider. Der *sozialkonstruktivistische Ansatz* kehrt diese Forschungsperspektive um und konzipiert Technikentwicklung als Resultat gesellschaftlicher und kultureller Einflüsse. Der *pragmatistische Ansatz*, der auf den Philosophen John Dewey zurückgeht, wendet sich gegen ein duales Verständnis von Technik und Gesellschaft, wie es die anderen beiden Schulen kennzeichnet. Er strebt eine symmetrische Vorgehensweise an, die weder die Rolle der Technik noch die der Gesellschaft in den Vordergrund stellt, sondern den Fokus stattdessen auf gesellschaftliche Ordnungsbildung richtet. Im Sinne einer »verteilten Handlungsträgerschaft« (Rammert/Schulz-Schaeffer 2002) fragt diese Lesart nach den jeweiligen Beiträgen von technischen Objekten, Regeln, Verfahren, Akteuren und Handlungsstrategien zu gesellschaftlichen Ordnungsprozessen. Bruno Latour (1991) hat diese Forschungslinie mit der Formel »Technology is society made durable« auf den Begriff gebracht. Der pragmatistische Ansatz interessiert sich für die »Materialität« seiner Untersuchungsgegenstände, indem er den Blick auf die erwarteten Eigenschaften von Objekten und Verfahren, ihre sogenannte »Affordanz« lenkt.³ Solche Funktionalitäten und ihre Grenzen werden der pragmatistischen Theorie zufolge in Forschungs- und Entwicklungsumgebungen wie auch alltäglichen Nutzungskontexten experimentell erkundet. Indem das technisch Machbare und sozial Wünschbare in »trial and error« Verfahren ausgetestet werden, stabilisieren sich Technologien in spezifischen gesellschaftlichen Bezügen.

Die neuere Technikphilosophie akzentuiert gegenüber der Techniksoziologie die Bedeutung des Technischen für die sinnhafte Erschließung von Wirklichkeit.

3 Der auf James Gibson (1979) zurückgehende Begriff der Affordanz lässt sich als funktionaler Möglichkeitsraum von Technologien verstehen (vgl. dazu auch Faraj und Azad 2012).

Im Anschluss an den Philosophen Don Ihde (1990) werden Technologien als Medien, das heißt als vermittelnde Instanzen zwischen Menschen und der Welt verstanden: »technological mediation is part of the human condition – we cannot be human without technologies« (Verbeek 2015, 30). Medien sind demnach nicht als neutraler Übertragungskanal aufzufassen, sondern als ein begrenzter, Handlungsoptionen bereitstellender Möglichkeitsraum. Wie die jüngere Mediatisierungsforschung in der Kommunikationswissenschaft (vgl. dazu etwa Couldry und Hepp 2017), betont die neuere Technikphilosophie die Verwobenheit von gesellschaftlichem und medialem Wandel. Im Unterschied zum Medienbegriff der Kommunikationswissenschaft⁴, der eher dinglich und an den Erscheinungsformen moderner Massenmedien orientiert ist, stützt sich die neuere Technikphilosophie unter anderem auf die von Niklas Luhmann (1998, im Anschluss an Fritz Heider) vorgeschlagene Unterscheidung von Medium und Form. Demnach begegnen uns Medien wie die Sprache, die Schrift oder der Buchdruck als temporäre Formen, die auf kontingente, im Prinzip also auch anders vorstellbare Selektionsentscheidungen zurückgehen. Das Medium selbst steht für das gesamte Reservoir an möglichen Formen, dessen Grenzen jedoch unsichtbar bleiben. Im Gebrauch befindliche Techniken verwirklichen in diesem Sinne Möglichkeiten.⁵

Der Zugriff auf Technik als verteilte Handlungsträgerschaft und weltstrukturierendes Medium bietet einen doppelten analytischen Gewinn für die Untersuchung des Verhältnisses von Digitalisierung und Demokratie. Der erste Gewinn besteht in der Hervorhebung der Kontingenz und Veränderlichkeit des Technischen. »Der mediale Blick ist ein Blick, der Alternativen kreiert«, wie Baecker (2018, 22) schreibt. Damit wirft er die Frage nach den gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen auf, die spezifische Technikentwicklungen erst möglich und nachvollziehbar machen. Der zweite analytische Gewinn besteht in der Betonung der Performativität des Technischen. Wie insbesondere die Technikphilosophie betont, strukturieren Technologien menschliche Welt- und Selbstverhältnisse. Über die »Erfahrung des Gelingens und Misslingens, befriedigter oder enttäuschter Erwartung« (Hubig 2006, 31) stellen sich Weltbezüge her, die individuell wie auch kollektiv als generalisierte »Rahmenkonzepte« über die Welt und ihrer Gestaltungsmöglichkeiten repräsentiert werden (vgl. zur politischen Dimension Seibel 2016).

4 Der an Massenmedien orientierte Medienbegriff der Kommunikationswissenschaft erlaubt es, von einer zunehmenden Mediatisierung von Gesellschaft und Politik zu sprechen, der technikphilosophische Zugriff kennt dagegen nur unterschiedliche Modi der Mediatisierung.

5 So ist der Satz als spezifische temporäre Form wahrnehmbar, die Sprache als Medium für die Bildung von Sätzen dagegen nicht. Im Vordergrund von Technik steht zumeist die Realisierung spezifischer Zwecke und die Erfahrung des Funktionierens, wie Nassehi (2019) betont. Auf der Hinterbühne geht es jedoch um weit mehr, wie Hubig (2013, 119) gezeigt hat: Technik sichert nämlich zugleich die Bedingungen für die »Realisierung von Zwecken qua Wiederholbarkeit, Planbarkeit, Antizipierbarkeit«.

Es sind Hubig (2006, 159) zufolge vor allem die »gelingende[n] technische[n] Handlungszusammenhänge«, die zu Schlüsselbildern für gesellschaftliche Epochenbeschreibungen und hegemonialen Selbstverhältnissen avancieren. Die »digitale Gesellschaft« ist ein aktuelles Beispiel für ein solche Weltbezüge herstellendes Schlüsselbild. Festzuhalten ist, dass Kommunikationsmedien keine unabhängigen Treiber gesellschaftlichen Wandels darstellen, sondern einen strukturierten Möglichkeitsraum (Hubig 2006, 143), der ein breites Spektrum technischer Formationen erzeugen kann.

4. Alternative Datennetze

Luhmanns Medium/Form-Unterscheidung öffnet ein konzeptionelles Fenster auf die kontingente Entwicklung digitaler Technologien. Auch wenn sich das digitale Medium selbst nur schwer erfassen lässt (siehe aber Kaufmann/Jeandesboz 2017), kann man doch die Entstehung spezifischer Formen rekonstruieren, etwa anhand von Konflikten über unterschiedliche Nutzungsszenarien, technische Spezifikationen oder auch regulatorischen Anforderungen. In seinem Artikel »The Contingent Internet« schlägt Clark (2016) vor, die Geschichte des Datennetzes als eine Reihe von Weggabelungen zu rekonstruieren, die jeweils die Möglichkeit für eine andere Zukunft der digitalen Vernetzung boten. Tatsächlich ging dem Internet eine babylonische Vielfalt von Netzarchitekturen voraus, die durch unterschiedliche Zielsetzungen und Problembeschreibungen charakterisiert war. Erst Ende der 1980er Jahre schälten sich dann zwei konkurrierende »conceptions of how to build a computer network« (Clark 2016, 9) heraus.

Der Wettbewerb unter den Datennetzarchitekturen war vielschichtig. Es war eine Auseinandersetzung zwischen den ingenieurwissenschaftlichen Axiomen von Fernmeldetechnik und Informatik, ein Kampf um Marktanteile zwischen der jungen IT- und der tradierten Telekommunikationsindustrie, aber auch um unterschiedliche Visionen des guten Datennetzes (Abbate 1999). Dem Modell der universellen Turing-Maschine folgend, favorisierte die Computerindustrie eine Netzarchitektur, die sich darauf beschränkt, Netzknoten miteinander zu verbinden und den Datentransport zwischen diesen zu ermöglichen. Die Vision bestand in einem *Internet*, das heißt einem Netz der Netze für alle gewünschten Anwendungen, allerdings ohne eine von diesen zu privilegieren. Das Gegenmodell des öffentlichen Computernetzes orientierte sich an den staatlich betriebenen, national ausgelegten Kommunikationsinfrastrukturen, die jedem Bürger einen Netzanschluss zu gleichen Bedingungen zusicherten, aber zugleich hierarchisch kontrollierten, wie und von wem die Netzinfrastruktur genutzt werden kann. Das französische »Minitel« oder der weitgehend in Vergessenheit geratene deutsche »Bildschirmtext« (BTX) überführten diese Tradition in das digitale Zeitalter. Nach dem Vorbild

der Telefonnetze wurden zentral gesteuerte Netze mit sogenannten »dummen Terminals« an den Endpunkten für die BürgerInnen entwickelt, die als »Teleleser« öffentlich lizenzierte Informationsdienste abrufen oder auch elektronisch einkaufen können sollten. Angesichts der politischen Autorität der nationalen Postbehörden erschienen die staatlichen Computernetze als die aussichtsreichen Gewinner des Wettbewerbs um die gute Netzarchitektur. Selbst in den USA galt das Internet als bloßes Spielzeug, das früher oder später von »the real thing« abgelöst werden würde (Clark 2018, 24; DeNardis 2009).

Der Umstand, dass es eine ernstzunehmende Alternative zum Internet gab, exemplifiziert Luhmanns Unterscheidung zwischen Medium und Form. Das digitale Medium kann nicht nur kategorial unterschiedliche Datennetze generieren, die Auseinandersetzung darüber hält auch bis heute an, wie etwa die Konflikte um das Prinzip der Netzneutralität oder um digitale Plattformen zeigen. Der radikale Wandel der sozialen Netzwerke im letzten Jahrzehnt (Ellison/Boyd 2013) erscheint nämlich nur im Rückblick als linear. Er kann gleichermaßen als kontingente Selektionsentscheidungen zwischen vielen anderen möglichen Formen gelesen werden. Die prinzipielle Entwicklungsoffenheit des Internet und seiner Kommunikationsdienste wirft freilich die Frage nach der gesellschaftlichen Konstellation auf, in der diese teils überraschenden Selektionsvorgänge überhaupt plausibel werden konnten. Oder anders in den Worten von Nassehi formuliert, »wie konnte eine Technik, die ganz offenkundig nicht dafür entwickelt worden ist, was sie derzeit tut, in so radikal kurzer Zeit so erfolgreich werden?« (2019, 16).

5. Das Internet, ein Kind der Spätmoderne

Die Entwicklung von Datennetzen fiel in eine Zeit kultureller, wirtschaftlicher, politischer wie auch kommunikationstechnischer Umbrüche. In der Gesellschaftstheorie ist der mit dem Ende der Nachkriegszeit beginnende Strukturwandel unter Begriffen wie »late modernity« (Giddens 1991), »postmodern conditions« (Lyotard 1979) oder als »Ende der organisierten Moderne« (Wagner 2008) beschrieben worden. Der Begriff der »organisierten Moderne« betont die Bedeutung von Klassen, sozialen Milieus, ihren korrespondierenden politischen Parteien, Gewerkschaften, Verbänden und einem hierarchisch-fürsorglichem Staat. Das öffentliche Datennetz mit seinen vorgegebenen Nutzungsszenarien lässt sich als netzarchitektonischer Ausdruck dieses paternalistischen Staatsverständnisses interpretieren. Das Internet entwickelte sich demgegenüber zu einem Experimentierfeld für den kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Aufbruch, der die Spätmoderne einleitete. Die Entdeckung kultureller Vielfalt, die Individualisierung der Lebensentwürfe, soziale Protestbewegungen, aber auch die Internationalisierung von Märkten entzogen der organisierten Moderne ihre Legitimation und weckten den Wunsch

nach lebbareren Gegenmodellen. Selbst auf der Ebene der Netzentwicklung schlug sich der gesellschaftliche Umbruch als Identitätskonflikt zwischen den konkurrierenden Standardisierungsorganisationen nieder. In Abgrenzung zur International Telecommunication Union (ITU), einer UN Unterorganisation, die für die Normsetzung in der Telekommunikation zuständig ist, formulierte die Internet Engineering Task Force 1992 ihr zentrales Credo: »We reject: kings, presidents, and voting. We believe in: rough consensus and running code« (zum Kontext vgl. DeNardis 2009, 47).

Die hierarchisch-steuernde öffentliche Hand trat zurück hinter das neoliberale Ideal eines ermöglichenden und vermittelnden Staates, der Teile seiner Verantwortung an Markt und Gesellschaft abtritt. Öffentliche Infrastrukturen und ihre Organisationsprinzipien gerieten darüber unter Privatisierungsdruck. Die Liberalisierung der Telekommunikation ab Ende der 1980er Jahre zeigt den Bezug zwischen dem gesellschaftlichen Strukturwandel und der Formierung des Internet besonders deutlich. Mit dem Ende des staatlichen Telefonmonopols und der Entstehung eines Marktes für digitale Kommunikationsdienste änderten sich die Akteure und Bewertungsmaßstäbe für Datennetze. Die ersten Nutzergenerationen feierten die neuen Freiheitsgrade, die das als »weltumspannend« empfundene Internet im Vergleich zu herkömmlichen Kommunikationsinfrastrukturen bot.

Auch die frühe akademische Literatur portraitierte das Internet als Vorläufer einer post-nationalen gesellschaftlichen Ordnung, die durch technischen Code, Dezentralisierung und »bottom-up consensus« geprägt sein würde. Dem libertären Zeitgeist folgend vereinnahmte dieser Diskurs das Internet »[for] a set of political projects that both precede the design of the Internet, draw on it for justification, and carry it forward« (Gillespie 2006, 452). Als wichtiger Beleg dafür galten die architektonischen Prinzipien des Netzes, die in eine gesellschaftspolitische Sprache der Liberalisierung und Dezentralisierung übersetzt wurden. Vor allem dem »end-to-end principle« wurde eine »aura of populist participation, democratic egalitarianism, openness« zugeschrieben (Gillespie 2006, 445). Im Rahmen der »new economy« avancierte das Netz zum Prototyp für vernetzte Formen ökonomischer Organisation, die bürokratischen Hierarchien den Kampf ansagen und das risikofreudige Unternehmertum befreien würden. Der Traum handelte, so Turner (2006, 204) »of building companies around networked computers [...]: to marry the competitive demands of business with the desire for personal satisfaction and democratic participation; to achieve productive coordination without top-down control«.

In architektonischer wie auch semantischer Hinsicht stellt das Internet eine spezifische Form des Datennetzes dar, zu dem es Alternativen gab. Technisch wie politisch, ökonomisch wie kulturell symbolisierte es zunächst das Gegenmodell zu einem staatlichen Kommunikationsnetz, um dann zur Projektionsfläche für techno-libertäre Gesellschaftsvorstellungen zu werden. Bis heute reagiert die digitale Infrastruktur auf den Wandel kultureller und politischer Strömungen und schreibt

diese in selektiver Weise als Affordanzen in die verschiedenen Funktionsschichten des Netzes ein. Als Rahmenbedingungen prägen diese dann in einem Hubigschen Sinne unsere Weltverhältnisse. Im folgenden Abschnitt geht es nun darum, den Zusammenhang zwischen dem Wandel demokratischer Praktiken und den digitalen Medien exemplarisch auszuleuchten.

6. Mediatisierte Demokratie im digitalen Möglichkeitsraum

Kommunikationsmedien als Möglichkeitsraum verstanden, die den demokratischen Wandel nicht determinieren, sondern sich ihm als (wenn auch begrenztes) Potential anbieten, lenken den Blick auf die politische Aneignung und Prägung digitaler Dienste im Sinne einer verteilten Handlungsträgerschaft. Die Erfahrung der Digitalisierung fließt seit einiger Zeit in sozialwissenschaftliche Epochenerzählungen ein, an die hier angeknüpft werden kann.

So spannt Reckwitz (2008, 168) einen Bogen von medialen Transformationen (Buchdruck, audiovisuelle Medien, Computer) zum Wandel von Subjektformationen. Mediale Praktiken bilden in diesem Verständnis »Übungsräume«, in denen sich Subjektformen ausbilden. Kennzeichnend für das postmoderne Subjekt der Gegenwart ist der »Optionalitätshabitus«, in dem das Subjekt sich selbst wie auch seine Umwelt als Gegenstand von Entscheidungen wahrnimmt (Reckwitz 2008, 173). Baecker (2018, 10f.) differenziert zwischen vier Medienepochen (Sprache, Schrift, Bruchdruck, elektronische Medien) und ordnet diesen jeweils neue Möglichkeiten sinnhaften Handelns, eine damit verbundene gesteigerte Kontingenz und daraus erwachsende gesellschaftliche Überforderungen zu, die dann jeweils durch Strukturwandel zu bewältigen sind. Eine Ausdehnung des politischen Handlungskanons im digitalen Kommunikationsraum, die als Herausforderung, wenn nicht Unterwanderung demokratischer Institutionen begriffen wird, kann man derzeit vielfach beobachten (Bennett/Pfetsch 2018; Ercan et al. 2019). Keane (2013, 78) schließlich lotet Verwandtschaften zwischen Kommunikationsmodi und Demokratietypen aus. Demnach formiert sich die repräsentative Demokratie des 18. Jahrhunderts in der Ära des Buchdrucks und stürzt anschließend mit dem Aufkommen der Rundfunkmedien in eine Krise. Die Gegenwartsdemokratie schließlich sei »tied closely to the growth of multimedia-saturated societies, whose structures of power are continuously questioned by a multitude of monitory or ›watchdog‹ mechanisms operating within a new media galaxy defined by the ethos of communicative abundance« (ebd.). Keane (2013, 79) leitet daraus einen politischen Gezeitenwechsel ab, nämlich den Abschied von der repräsentativen Demokratie zugunsten einer neuen Form der »monitory democracy«.

Implizit angelegt in solchen Narrativen ist der Gedanke, dass die Beziehung zwischen Kommunikationsmedien und gesellschaftlich-politischen Formationen

ein sich wechselseitig konstituierendes Ermöglichungsverhältnis darstellt. Diese auch bei Anderson (1983) schon vorhandene Idee bildet den konzeptionellen Hintergrund, vor dem die Bezüge zwischen Medien- und Demokratiewandel untersucht werden können, ohne die Kontingenz dieser Konstellation aus den Augen zu verlieren.

Dass die westlichen Demokratien einen anhaltenden Transformationsprozess durchlaufen, ist vielfach beschrieben worden (Dormal 2019). Wesentliche Merkmale bestehen in dem Bedeutungsverlust von Volksparteien und anderen intermediären Organisationen sowie dem erodierenden Vertrauen in die Institution des Parlaments. Die Umstellung von Vertrauen auf Misstrauen im Verhältnis von WählerInnen und Gewählten hat Rosanvallon (2008) mit dem Begriff der Gegendemokratie und Keane (2013) als »monitory democracy« beschrieben. An die Stelle des vertrauenden »voter citizens« tritt der »vigilant citizen« (Rosanvallon 2008, 41), ein »nay sayer« (a.a.O. 123), der sich vorwiegend durch politischen Protest bemerkbar macht. Beide Autoren leiten aus diesem Befund einen Bedeutungswandel der öffentlichen Sphäre ab (zu den Unterschieden, vgl. Heidenreich 2016, 62). Diese verwandelt sich in einen Raum, in dem sich das Misstrauen gegenüber der Politik als Beobachten, Bewerten, Kontrollieren und Skandalisieren politischer Akteure artikuliert. Die generalisierte Widerspruchshaltung manifestiert sich wiederum in neuen Organisations- und Partizipationsweisen, die entweder als zunehmender »Formenpluralismus« der repräsentativen Demokratie (Kersten 2017, 155) bzw. als »multiple Demokratie« (Nolte 2011) oder als demokratischer Verfall und autokratisches Risiko interpretiert werden (Huq/Ginsburg 2018). In jedem Fall aber scheint die »Last der demokratischen Legitimation« derzeit umverteilt zu werden zugunsten einer »post-repräsentativen Dimension« in der politischen Willensbildung (Nolte 2010, 10f.).

Hervorhebenswert an den hier vorgestellten Diagnosen zur Transformation der Demokratie ist, dass sie sich überwiegend auf politische und wirtschaftliche Entwicklungen berufen, während dem medialen Wandel eher eine Statistenrolle zugewiesen wird. Digitale Technologien erscheinen hier weniger als Treiber, denn als Ausdrucksmittel veränderter Kommunikations- und Handlungsformen. Die These der mediatisierten Demokratie konzipiert digitale Medien demgegenüber als Möglichkeitsraum, dessen Erkundung neue Potentiale demokratischer Organisation experimentell erschließt (Lamla 2013, 351). Der Formwandel der Demokratie erweist sich aus dieser Perspektive als wichtiger Richtungsgeber, der sich in Form von Erfahrungen, Zielen und Erwartungen im Umgang mit digitalen Diensten zur Geltung bringt. In diesem Sinne reflektiert etwa die Entstehung der »mass self-communication« (Castells 2009), die für die demokratische Praxis derzeit wohl wichtigste technisch-soziale Innovation, sowohl die materiellen Eigenschaften des digitalen Mediums als auch die Transformation der repräsentativen Demokratie

und ihre Auswirkungen auf die öffentliche Sphäre.⁶ Die politische Bedeutung sozialer Netzwerke wie Twitter ist ohne die Entfaltung post-repräsentativer Beteiligungsformen kaum nachvollziehbar.

Die digitalen Medien bieten sich den Kräften des demokratischen Formwandels als Ressourcen an, mit der Folge, dass sich der Demos, seine Ausdrucksformen und Kommunikationsräume ändern. Während die Massenmedien ein überwiegend passives Publikum adressierten, kalkulieren digitale Medien nicht nur mit einer aktiven Öffentlichkeit, sondern transformieren die nutzergenerierten Inhalte in ein lukratives Wirtschaftsgut. Im Unterschied zum analogen Medienkonsum, der sich auf bestimmte Situationen und Orte konzentrierte (das morgendliche Zeitungslernen, das abendliche Nachrichtengucken), durchzieht die digitale Kommunikation, den gesamten Alltag. Das dieserart digitalisierte Publikum trägt so beständig zur Verbreitung, Gewichtung und Verknüpfung von Informationen aller Art bei und betätigt sich im Nebengeschäft als Ko-Produzent der digitalen Informationsordnung (Ingold 2017, 511). Die massenmedial konstituierte Unterscheidung zwischen Produktion und Rezeption politischer Inhalte verliert damit ihre einstmals scharfen Konturen. Das Publikum beteiligt sich heute an der Herstellung des situativ erzeugten, semi-personalisierten Nachrichtenstroms, den es konsumiert.

Wenn sich aber demokratische Öffentlichkeiten zunehmend ausdifferenzieren und »verallgemeinerungsfähige Bezugspunkte« (Ingold 2017, 524) des öffentlichen Diskurses unwahrscheinlicher werden, ändern sich die Bedingungen öffentlicher Meinungsbildung und politischer Repräsentation. Die pluralisierten Öffentlichkeiten sind nicht länger kongruent mit dem nationalen Demos. Die entstehenden »patchworks of personal publics« (Bruns/Highfield 2015, 63) legen die Vermutung nahe, dass Andersons »imagined communities« (1983), die sich mit dem Zeitungswesen einstmals etablierten, mit den neuen Mediengenerationen ihren fiktiven Zusammenhalt wieder verlieren.

Auch das demokratische Engagement unterliegt einem Wandel der Organisationsformen⁷. Als Antwort auf den schleichenden Niedergang von Wahlbeteiligung und Parteimitgliedschaften registrieren Chadwick und Stromer-Galley (2016, 284) eine zunehmende Nutzung digitaler Medien im Dienste von »organizational experimentation and a party-as-movement mentality«. So probieren sich derzeit viele europäische Parteien an neuen Integrationsformen auch unterhalb der Mitgliedschaftsschwelle aus, in dem etwa die Wahl von Führungspositionen oder die Entwicklung von Parteiprogrammen für Nichtmitglieder geöffnet wird. Die Gründung neuer Parteien folgt ebenfalls dieser Tendenz. Häufig präsentieren sich diese quer zu alten Konfliktlinien oder »cleavages« und rekrutieren, zentriert um charismatische Führungsfiguren und angelehnt an die Organisationsstrukturen sozia-

6 Vergleiche dazu den Beitrag von Pfetsch, Heft und Knüpfer in diesem Band.

7 Vergleiche dazu die Beiträge von Kersting und Baringhorst in diesem Band.

ler Netzwerke, »follower« statt stimmberechtigter Mitglieder (Dormal 2018, 100; Diehl 2018). Vor allem Parteien des linken Spektrums erkunden das Potential digitaler Technologien für die Schaffung basisdemokratischer Entscheidungsstrukturen. Spezielle digitale Plattformen entwickeln sich zu »Betriebssystemen« nachbürokratischer Parteiorganisation, die auf flache Hierarchien, Transparenz und den direkten Einfluss ihrer Anhänger zielen (Bennett et al. 2018, 1667). Zwar kann man nicht wissen, ob der »platform party« (Gerbaudo 2019) langfristig Erfolg beschieden ist, gleichwohl lässt sich der unübersehbare organisatorische Wandel in der europäischen Parteienlandschaft zumindest als vorläufiges Zwischenergebnis einer spezifischen politisch-medialen Konstellation interpretieren: Die Krise der repräsentativen Demokratie trifft auf die Möglichkeiten des digitalen Mediums mit dem Effekt, dass sich beide wechselseitig prägen.

An die Stelle des organisationsbasierten Engagements treten in der jungen Generation vermehrt themenspezifische Formen politischer Beteiligung. Digitale Medien reduzieren die notwendigen Ressourcen für kollektives Handeln und vergrößern so das Spektrum möglicher politischer Organisationsformen (Bimber 2016, 5). Kollektives Handeln durch Organisationen wird durch »connective action« ersetzt, ein digital vermittelter Handlungstyp der Spätmoderne »in which formal organizations are losing their grip on individuals, and group ties are being replaced by large-scale, fluid social networks« (Bennett/Segeber 2012, 748). Aktuelle politische Bewegungen wie etwa »Extinction Rebellion«, »Fridays for Future« oder »Sea Watch« beeindruckten durch ihr schnelles internationales Wachstum und den im Verhältnis dazu geringen Organisationsgrad. Bezeichnend für die neuen »Kollektive ohne Zentrum« (Horn 2009) ist die Unvorhersagbarkeit ihrer Mobilisierung, häufig allerdings auch die Kurzlebigkeit ihres Daseins. Digitale Bewegungen, Schwärme und Netzwerke unterscheiden sich voneinander durch spezifische Koordinationsmechanismen, die im Digitalen eine neue Wirkungsreichweite entfalten. Während Netzwerke über stabile Koordinationsstrukturen verfügen, beruhen Schwärme auf »Kollektivität in actu«, die Beziehungen zwischen den Beteiligten durch eine Praxis des »Affizierens« beständig herstellen müssen (Horn 2009, 16; Thacker 2004 referierend). In der Dringlichkeit, dem strikten Themen- und Gegenwartsbezug ihres Handelns liegt ihre Besonderheit, wohl aber auch ihre Schwäche. Wie Zuckerman feststellt, neigt »online civic engagement« derzeit zum Privilegieren von »attention over efficacy [which] disconnects between what's easy to accomplish online and how change unfolds in the world« (Zuckerman 2014, 153).

Chadwick und Stromer-Galley (2016, 286) zufolge besteht eine »elective affinity« zwischen digitalen Medien und neuen Formen der politischen Beteiligung. Digitales politisches Engagement »to go« verlangt den AktivistInnen weniger kollektive Identifikation ab und bietet mehr Raum für das Ausprobieren individueller Selbstwirksamkeit. Dies kommt einer Generation entgegen, die den individuellen Ausdruck politischen Handelns stärker betont als die vorangegangenen Generatio-

nen der Partei- und Verbändemitglieder (Bennett/Seegerberg 2012, 743f.). Freilich wird den digitalen Beteiligungstools, Petitions- und Engagementplattformen der Vorwurf gemacht, sie senkten die Partizipationsschwellen und erhöhten die Unverbindlichkeit politischen Handelns bis zur Unkenntlichkeit. »Armchair activism« bzw. »Slacktivism« suggeriere politischen Einfluss nur noch, statt diesen zu herstellen (Morozov 2009). Dem hält Margetts (2019, 108) entgegen, dass »tiny forms of participation« wie »following, liking, tweeting, retweeting« schlechterdings den kategorialen Unterschied erzeugen, den »social media have brought to the democratic landscape«. Die geringeren Beteiligungshürden, so ihr Argument, dehne den Kreis der Engagierten aus und berge die – wenngleich geringe – Chancen für die Entstehung großer politischer Bewegungen. Denn die winzigen Akte der Partizipation kommunizieren »signals of viability« an Dritte und verändern damit die Bedingungen für die Entstehung von sozialen Bewegungen (Margetts 2019, 111; siehe auch Zuckerman 2014).

7. Fazit

Unter dem Eindruck des digitalen Medienwandels ging dieser Beitrag der Frage nach, wie das Verhältnis zwischen Kommunikationsmedien und Demokratie angemessen konzeptualisiert werden kann. Der Vorschlag läuft auf eine zwischen Demokratietheorie, Technikphilosophie und Kommunikationswissenschaft angesiedelte Forschungsperspektive hinaus, die repräsentative Demokratien als mediatisierte Regierungssysteme versteht. Die These lautet, dass Demokratien notwendigerweise technisch vermittelt sind und sich daher grundlegende Veränderungen im Bereich der Kommunikationsmedien in der demokratischen Organisation und Praxis niederschlagen. Das Konzept der mediatisierten Demokratie, wie es hier entwickelt wurde, versteht Digitalisierung und Politik primär nicht als Kausalverhältnis, sondern als Konstellation oder Ermöglichungsverhältnis, in dem politisches Handeln und Kommunikationsdienste sich wechselseitig prägen und, wie im Falle der Digitalisierung, zu Epochenbeschreibungen aufsteigen. Die Herausforderung besteht darin, ein analytisches Instrumentarium zu entwickeln, das die Kontingenz und realitätsvermittelnde Performativität der Verbindung zwischen Medien und Politik erfassen kann. Die hier skizzierte Vorgehensweise stützt sich auf medientheoretische Ansätze, aber auch die dem Pragmatismus entlehnte Beobachtung, dass neue Technologien wie das Digitale als Nebeneffekt vieler gleichzeitig stattfindender alltäglicher Experimente institutionalisiert werden.

Der diagnostizierte Formwandel der Demokratie bildet den Hintergrund, vor dem sich dieses Kapitel der Rolle der digitalen Medien in der Politik nähert. Digitale Medien bilden demnach nicht die Ursache für die zunehmende Instabilität der repräsentativen Demokratie (Thaa/Volk 2018, 10), sondern das Reservoir oder

den Möglichkeitsraum zum Ausprobieren von gangbaren Alternativen. Die Ermüdungserscheinungen und Vertrauensverluste der Institutionen der repräsentativen Demokratie bewirken auch einen Bedeutungswandel der öffentlichen Sphäre. Im Kontext dieses Bedeutungswandels vollzieht sich die Transformation eines einstmals passiven Rezipientenpublikums in eine diskursiv intervenierende Zivilgesellschaft. Diese Entwicklung allein oder vor allem anderen digitalen Technologien zuzuschreiben, wie das viele Beobachter tun, überschätzt meines Erachtens die Handlungsträgerschaft von Medien und unterschätzt zugleich den politischen Antrieb, der sich aus der nachlassenden Repräsentationsfähigkeit der Parteienlandschaft und ihrer Massenmedien ergibt. Digitale Medien lassen sich für traditionelles wie experimentelles politisches Engagement nutzen; eben deshalb können Innovationen im demokratischen Institutionengefüge nicht umstandslos mit dem Aufkommen digitaler Medien erklärt werden. Empirisch aufschlussreich scheint stattdessen die explorative Art und Weise, wie sich politisches Engagement digitale Medien anverwandelt und sich in diesem Zuge selbst transformiert.

Das Experimentieren mit Alternativen zu etablierten demokratischen Repräsentations- und Partizipationsformen bleibt nicht folgenlos; es schafft im Koselleck'schen Sinne (2010) kollektive Erfahrungsräume und Erwartungshorizonte, die durch spezifische Medienkonfiguration erlebt werden und an diese gebunden sind. Dieses Experimentieren manifestiert sich im Wandel politischer Organisations- und Partizipationsformen, aber möglicherweise auch in einem sich ändernden Verständnis von Demokratie selbst (siehe auch Lamla 2013). Gegenwärtig etwa wird demokratisches Engagement stärker mit Protest, mit Herstellung von Sichtbarkeit, das heißt mit »voice-as-democratic-participation« als mit Reflexion und kollektivem Entscheiden assoziiert«, wie Ercan et al. (2019, 24) beobachten. Allgemeiner formuliert, lässt sich derzeit ein gestiegenes Bewusstsein für die Kontingenz und Veränderlichkeit demokratischer Verfahren und Praktiken beobachten. Diese Erfahrung von Instabilität vollzieht sich im Spiegel des digitalen Möglichkeitsraums, dessen Grenzen wir nicht kennen, aber erkunden können.

Literaturverzeichnis

- Abbate, Janet (1999): *Inventing the Internet*. Cambridge und London.
- Anderson, Benedict (1983): *Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*. London und New York.
- Baecker, Dirk (2018): *4.0 oder Die Lücke die der Rechner lässt*. Leipzig.
- Baringhorst, Sigird (2019): *Auswirkungen der Digitalisierung auf soziale Bewegungen – Annahmen, Befunde und Desiderata der Forschung*. In: Hofmann, Jeanette et al. (Hg.): *Politik in der digitalen Gesellschaft*. Bielefeld, S. 151–169.

- Bennett, W. Lance/Segeber, Alexandra (2012): The Logic of Connective Action. In: *Information, Communication & Society* 15 (5), S. 739–768.
- Bennett, W. Lance et al. (2018): The democratic interface: technology, political organization, and diverging patterns of electoral representation. In: *Information, Communication & Society* 21 (11), S. 1655–1680.
- Bennett, W. Lance/Pfetsch, Barbara (2018): Rethinking Political Communication in a Time of Disrupted Public Spheres. In: *Journal of Communication* 68 (2), S. 243–253.
- Bimber, Bruce (2016): Three Prompts for Collective Action in the Context of Digital Media. In: *Political Communication* 34 (1), S. 6–20.
- Böckenförde, Ernst-Wolfgang (1976): *Staat, Gesellschaft, Freiheit. Studien zur Staatstheorie und zum Verfassungsrecht.* Frankfurt a.M.
- Bruns, Axel/Highfield, Tim (2015): Is Habermas on Twitter? Social media and the public sphere. In: Bruns et al. (Hg.): *The Routledge Companion to Social Media and Politics.* New York, S. 56–73.
- Castells, Manuel (2009): *Communication Power.* Oxford und New York.
- Chadwick, Andrew/Stromer-Galley, Jennifer (2016): Digital Media, Power, and Democracy in Parties and Election Campaigns: Party Decline or Party Renewal? In: *The International Journal of Press/Politics* 21 (3), S. 283–293.
- Clark, David (2016): The Contingent Internet. In: *Daedalus* 145 (1), S. 9–17.
- Clark, David (2018): *Designing an Internet.* Information policy series. Cambridge.
- Couldry, Nick/Hepp, Andreas (2017): *The Mediated Construction of Reality.* Cambridge.
- DeNardis, Laura (2009): *Protocol politics. The globalization of Internet governance.* Cambridge und London.
- Diehl, Paula (2018): Die 5-Sterne-Bewegung als Laboratorium neuer Tendenzen und ihre widersprüchlichen Repräsentationsbeziehungen. In: Thaa/Volk (Hg.): *Formwandel der Demokratie.* Baden-Baden, S. 129–154.
- Dormal, Michel (2018): Die öffentliche Meinung gibt es (immer noch) nicht. Eine Kritik an Pierre Rosanvillons und John Keanes öffentlichkeitszentrierten Formwandeltheorien. In: Thaa/Volk (Hg.): *Formwandel der Demokratie.* Baden-Baden, S. 81–98.
- Dormal, Michel (2019): *Der Formwandel der Demokratie und die rechtspopulistische Regression.* Wiesbaden.
- Ellison, Nicole B./Boyd, Danah (2013): Sociality Through Social Network Sites. In: Dutton (Hg.): *The Oxford Handbook of Internet Studies.* Oxford, S. 151–172.
- Ercan, Selen A./Hendriks, Carolyn M./Dryzek, John S. (2019): Public deliberation in an era of communicative plenty. In: *Policy & Politics* 47 (1), S. 19–36.
- Faraj, Samer/Azad, Bijan (2012): The Materiality of Technology: An Affordance Perspective. In: Leonardi et al. (Hg.): *Materiality and Organizing: Social Interaction in a Technological World.* Oxford, S. 237–258.

- Gerbaudo, Paolo (2019): The Digital Party: The Transformation of Political Organisation in the Era of Big Data. In: Chandler/Fuchs (Hg.): Digital Objects, Digital Subjects. Interdisciplinary Perspectives on Capitalism, Labour and Politics in the Age of Big Data. London, S. 187–198.
- Gibson, James J. (1979): The ecological approach to visual perception. Reading.
- Giddens, Anthony (1991): Modernity and Self-Identity. Self and Society in the Late Modern Age. Cambridge.
- Gillespie, Tarleton (2006): Engineering a Principle: ›End-to-End‹ in the Design of the Internet. In: Social Studies of Science 36 (3), S. 427–457.
- Habermas, Jürgen (1990 [1962]): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Frankfurt a.M.
- Heidenreich, Felix (2016): Die Organisation des Politischen: Pierre Rosanvillons Begriff der »Gegen-Demokratie« und die Krise der Demokratie. In: ZPTh – Zeitschrift für Politische Theorie 7 (1), S. 53–72. DOI: 10.3224/zpth.v7i1.o6.
- Hofmann, Jeanette (2019): Mediated democracy – Linking digital technology to political agency. In: Internet Policy Review 8 (2), S. 1–18.
- Horn, Eva (2009): Schwärme – Kollektive ohne Zentrum. Einleitung. In: Horn/Gisi (Hg.): Schwärme – Kollektive ohne Zentrum. Eine Wissensgeschichte zwischen Leben und Information. Bielefeld, S. 7–26.
- Hubig, Christoph (2006): Die Kunst des Möglichen, Grundlinien einer Philosophie der Technik. Band 1: Philosophie als Reflexion der Medialität. Bielefeld.
- Hubig, Christoph (2013): Technik als Medium. In: Grunwald (Hg.): Handbuch Technikethik. Stuttgart, S. 118–123.
- Huq, Aziz Z./Ginsburg, Tom (2018): How to Lose a Constitutional Democracy. UCLA Law Review 78 (1), S. 78–169.
- Ihde, Don (1990): Technology and the lifeworld. Bloomington.
- Ingold, Albert (2017): Digitalisierung demokratischer Öffentlichkeiten. In: Der Staat 56 (4), S. 491–533.
- Kaufmann, Mareile/Jeandesboz, Julien (2017): Politics and ›the digital‹: From singularity to specificity. In: European Journal of Social Theory 20 (3), S. 309–28.
- Keane, John (2013): Democracy and media decadence. Cambridge, New York.
- Kersten, Jens (2017): Schwarmdemokratie. Tübingen.
- Kersting, Norbert (2019): Partizipation: Evaluation und Entwicklung – Status Quo und Zukunft. In: Hofmann, Jeanette et al. (Hg.): Politik in der digitalen Gesellschaft. Bielefeld, S. 105–121.
- Koselleck, Reinhart (2010): Vergangene Zukunft: Zur Semantik geschichtlicher Zeiten. Frankfurt a.M.
- Lamla, Jörn (2013): Arenen des demokratischen Experimentalismus. Zur Konvergenz von nordamerikanischem und französischem Pragmatismus. In: Berliner Journal für Soziologie 23 (3–4), S. 345–65.

- Latour, Bruno (1991): Technology is society made durable. In: *The Sociological Review* 38 (1), S. 103–131.
- Luhmann, Niklas (1998): *Die Gesellschaft der Gesellschaft*. Frankfurt a.M.
- Lyotard, Jean-François (1979): *The postmodern condition*. Minneapolis.
- Margetts, Helen (2019): Rethinking Democracy with Social Media. In: *The Political Quarterly* 90 (S1), S. 107–123.
- Morozov, Evgeny (2009): From slacktivism to activism. In: *ForeignPolicy.com*. URL: <https://foreignpolicy.com/2009/09/05/from-slacktivism-to-activism/>(13.08.2019).
- Nassehi, Armin (2019): *Muster. Theorie der digitalen Gesellschaft*. München.
- Nolte, Paul (2011): Von der repräsentativen zur multiplen Demokratie. Aus *Politik und Zeitgeschichte* 58 (1–2), S. 5–12.
- Pfetsch, Barbara/Heft, Annett/Knüpfer, Curd (2019): Transnationale Öffentlichkeiten in der Digitalen Gesellschaft: Konzepte und Forschungsperspektiven. In: Hofmann, Jeanette et al. (Hg.): *Politik in der digitalen Gesellschaft*. Bielefeld, S. 83–101.
- Rammert, Werner/Schulz-Schaeffer, Ingo (2002): *Können Maschinen handeln? Soziologische Beiträge zum Verhältnis von Mensch und Technik*. Frankfurt a.M. und New York.
- Rammert, Werner (2016): *Technik – Handeln – Wissen. Zu einer pragmatistischen Technik- und Sozialtheorie*. Wiesbaden.
- Reckwitz, Andreas (2008): Medientransformation und Subjekttransformation. In: Reckwitz (Hg.) *Unscharfe Grenzen. Perspektiven der Kultursoziologie*. Bielefeld, S. 159–176.
- Ritzi, Claudia (2019): Politische Öffentlichkeit zwischen Vielfalt und Fragmentierung. In: Hofmann, Jeanette et al. (Hg.): *Politik in der digitalen Gesellschaft*. Bielefeld, S. 61–81.
- Rosanvallon, Pierre (2008): *Counter-Democracy. Politics in an age of distrust*. New York.
- Seibel, Benjamin (2016): *Cybernetic Government. Informationstechnologie und Regierungsrationalität von 1943–1970*. Wiesbaden.
- Thaa, Winfried/Volk, Christian (2018): Einleitung. In: Thaa/Volk (Hg.): *Formwandel der Demokratie*. Baden-Baden, S. 9–26.
- Thiel, Thorsten (2019): Digitalisierung: Gefahr für die Demokratie? Ein Essay. In: *Politikum* 4 (3), S. 50–56.
- Turner, Fred (2006): *From Counterculture to Cyberculture. Stewart Brand, the Whole Earth Network, and the Rise of Digital Utopianism*. Chicago.
- Verbeek, Peter-Paul (2015): Beyond Interaction. A Short Introduction to Mediation Theory. In: *Interactions* 22 (3), S. 26–31.
- Wagner, Peter (2008): *Modernity as Experience and Interpretation: A New Sociology of Modernity*. Cambridge.

Zuckerman, Ethan (2014): New Media, New Civics? In: Policy & Internet 6 (2), S. 151–168.

